

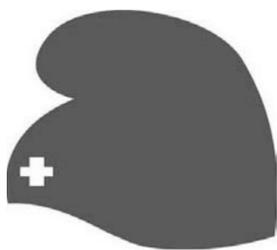
vorwärts

die sozialistische zeitung.

**sonderausgabe
der partei der arbeit der schweiz**

**SOZIAL
STAAT
RETTEN
UND MEHR.**





Partei der Arbeit der Schweiz
Postfach 533
3000 Bern 22
www.pda.ch

Sektionen der PdAS

BS
Neue PdA Basel
Postfach 3733
4002 Basel
061 272 52 90
info@neupda.ch
www.neupda.ch

BE
Partei der Arbeit Bern
Postfach 7501
3001 Bern
mail@pdabern.ch
www.pdabern.ch

ZH
Partei der Arbeit Zürich
Postfach 8721
8036 Zürich
pdaz@pda.ch

SG
Partei der Arbeit St.Gallen
Postfach 1622
9001 St.Gallen
contact@pdasg.ch
www.pdasg.ch

Impressum
HERAUSGEBERIN:
Partei der Arbeit der Schweiz
Postfach 533, 3000 Bern 22

REDAKTION:
Sekretariat der PdAS
pdas-sekretariat@pst.ch

AUFLAGE: 10 000

DRUCK: Evert Druck, Neumünster

Wenn einzelne Teile ein Ganzes ergeben

Siro Torresan. **«Sozialstaat retten und mehr» ist das Motto der Kampagne, welche die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) zum Start der Wintersession der Räte lanciert. Wir wollen damit einen Gegenpunkt zum weiteren, geplanten Sozialabbau setzen.**

Liebe Leserin und lieber Leser dieser Sonderausgabe

Bestimmt haben Sie schon mal ein Puzzle zusammengesetzt. Das Faszinierende an diesem Spiel ist doch, dass die einzelnen Teilchen, die für sich alleine wenig Sinn machen, am Ende ein Ganzes ergeben. Wir laden Sie gerne ein, ein kleines Puzzle mit uns zu spielen...

Puzzleteilchen 1

Wie viel Prozent mehr zahlen Sie im kommenden Jahr für ihre Krankenkassenprämie? Fünf, acht, zehn oder gar noch mehr? Und wenn Sie es mit der Prämie vor fünf Jahren vergleichen, sind es dann 20, 25, 30 oder noch mehr Prozent? Es scheint fast so, als ob die Schweiz ein Land voller chronisch kranker Menschen sei, die wöchentlich mehrmals zum Arzt rennen. Warum muss ich jedes Jahr mehr bezahlen? Bestimmt haben Sie sich diese Frage schon oft gestellt. Haben Sie dazu von den PolitikerInnen oder den Krankenkassen eine plausible Antwort erhalten?

Puzzleteilchen 2

Haben Sie sich mal gefragt, warum Sie weniger Rente bekommen sollen? Denn das werden Sie, wenn an der Abstimmung vom 7. März 2010 die Kürzung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen angenommen wird. Gesagt wird, dass dies eben nötig sei, weil die Pensionskassen wegen der Krise grosse Verluste gemacht haben. Wo aber sind die Profite der Kassen hingeflossen, die während den fetten Jahren gemacht wurden? Weder die Manager der Versicherungsgesellschaften noch die PolitikerInnen schlugen vor, die Gewinne in die Rente einfließen zu lassen.

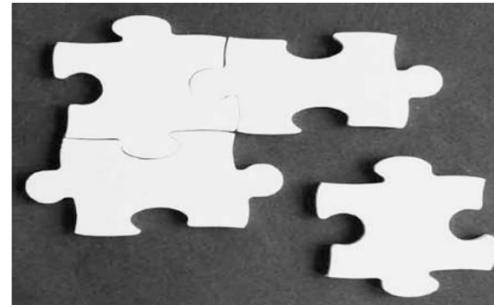
Warum müssen Sie jetzt für die Verluste bezahlen? Ihre Ersparnisse, die jeden Monat von Ihrem Lohn abgezogen werden, führten dazu, dass die Pensionskassen hohe Gewinne einfahren konnten und diese für sich behielten. Es wurde uns gesagt, dass – gut schweizerisch – gespart werden müsse, für eben weniger fette Zeiten. Warum wird jetzt das Sparschweinchen nicht geschlachtet, anstatt die Renten zu kürzen? Vielleicht weil es gar kein Schweinchen gab, sondern viel mehr einen Goldesel für die Löhne der Manager und die Dividenden der Aktionäre?

Puzzleteilchen 3

In der Wintersession werden die VolksvertreterInnen im Parlament darüber beraten, ob die Arbeitslosen in der Schweiz noch weniger, sprich weitere Kürzungen der Leistungen der Versicherung in Kauf nehmen müssen. Die Mehrheit wird diesem Abbau zustimmen, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Die gleiche Mehrheit, welche der UBS 68 Milliarden gab. Warum sollen nun die Menschen bezahlen, welche von der Krise am härtesten betroffen sind und eh in einer äusserst prekären Lebenslage sind?

Puzzleteilchen 4

Bei der AHV und der IV ist eine weitere Revision bereits im Gange. Die IV-Rente von Zehntausenden von BezügerInnen soll gestrichen oder zumindest teilweise gekürzt werden. Bei der AHV soll unter anderem das Frauenrentenalter erhöht werden. Beide Revisionen werden zu einem massiven Sozialabbau führen. Doch würdig zu Leben trotz einer Krankheit oder körperlichen Behinderung ist ein Menschenrecht. Was tun die PolitikerInnen dafür? Eine Rente,



die ein würdiges Leben im Alter ermöglicht, ist ein Recht, das von der Schweizer Verfassung garantiert wird. Was tun die PolitikerInnen dafür?

Puzzleteilchen 1 bis 4 zusammengesetzt

Es gibt noch viele Teilchen, die zu nennen sind. Doch setzen wir nun gemeinsam die vier Puzzleteilchen zusammen. Wir stellen fest, dass der Sozialabbau System hat und nicht einfach zufällig mal hier und mal dort durchgeführt wird. Mehr noch, der Sozialabbau ist das Programm der bürgerlichen Politik. Früher hätten wir von der PdA gesagt, dass dies vom Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat bedingt ist. Heute halten wir fest, dass sich am gesellschaftlichen Grundwiderspruch im Kapitalismus nichts geändert hat. Daher wollen wir den «Sozialstaat retten und mehr». Das Mehr ist eine Gesellschaft, die den Grundwiderspruch überwindet, eine solidarische, sozialistische Gesellschaft. Dies war, ist und bleibt unseres Ziel!

Eine breite Diskussion führen

Siro Torresan. **Am 5. September wurde Genosse Norberto Crivelli zum neuen Präsidenten der Partei der Arbeit der Schweiz gewählt. Ein kurzes Gespräch über die politische Situation in der Schweiz und die Kampagne seiner Partei.**



Norberto Crivelli, Präsident der Partei der Arbeit der Schweiz. Bild: vorwärts-Archiv

Norberto, wie schätzt du die aktuelle politische Situation in der Schweiz ein?

Die Situation ist explosiv, und zwar durch die aktuelle Krise, die vor allem die schwächeren Schichten unserer Gesellschaft schwer trifft. Dies hat auch die Demonstration in Bern vom 19. September mehr als deutlich gezeigt. Die prekären Arbeitsverhältnisse, die tiefen Löhne, die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und die Jugendarbeitslosigkeit im Speziellen sowie das Fehlen von glaubhaften Perspektiven führen zu Enttäuschungen und Verbitterung, was den politischen Kampf komplex und schwierig macht.

Wir wissen, dass die Krisen des Kapitalismus nicht zwingend zu einem fortschrittlichen Ausweg führen. Ganz im Gegenteil: Die populistischen und rechtsextremen Stimmen werden immer lauter und unüberhörbar. Dabei gehen sie immer gleich vor: Sie werben mit billigen, einfachen und oberflächlichen Antworten auf komplexe gesellschaftliche Probleme, definieren dabei Sündenböcke und schlagen mit voller Wucht und Macht auf diese ein. Die SVP ist eine Meisterin in dieser Art von Kampagne und sie verfügt

über eine Menge Geld, um nationale Abstimmungskämpfe so zu lancieren und zu führen. Sie spielt und setzt dabei auf die diffusen Ängste in der Bevölkerung, gewinnt so an Boden und erscheint als einzige, glaubwürdige Alternative gegenüber der Krise, welche immer mehr Schaden anrichtet.

Welche Rolle kann dabei eine kleine Partei wie die PdA haben?

Unsere Partei muss mit Hartnäckigkeit versuchen, diese gefährliche Entwicklung genau zu verstehen – und sie auch erklären zu können. Wir müssen mit aller Kraft die xenophoben und rassistischen Vorstösse der konservativen und reaktionären Rechten bekämpfen. Wir müssen aber auch eine Kritik entwickeln gegenüber den Parteien der Mitte und der Sozialdemokratischen Partei, welche die Türen für den Neoliberalismus und den wilden Kapitalismus geöffnet haben, der uns zu diesem Zusammenbruch geführt hat.

Wir haben (oder sollten es haben) mit dem Marxismus ein hervorragendes Instrument, das uns erlaubt (oder uns erlauben sollte) die aktuellen Erscheinungen zu verstehen. Die Theorien von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Gramsci und anderen DenkerInnen des wissenschaftlichen Sozialismus lassen uns vieles begreifen, wenn wir sie nicht als Dogmen, sondern im kritischen und dialektischen Sinne verstehen und anwenden. Sie bilden sozusagen unseren Kompass, ohne den die Interpretation der Aktualität schwieriger und verworrener wird.

Die PdA hat eine Kampagne gegen den Sozialabbau beschlossen. Was erwartest du konkret von dieser Initiative?

Der Sozialabbau ist ein zentrales Problem. Seit einigen Jahren ist es der offensichtliche Versuch, die sozialen Errungenschaften wieder abzubauen. Dieses Vorhaben der Bürgerlichen hat sich mit der Krise deutlich verschärft. Die Bourgeoisie will das Rad der

Geschichte zurückdrehen. Zuerst wurde eine Reihe von Privatisierungen im service public durchgeführt. Dann wurden Steuererleichterungen für die Reichen durchgesetzt mit der Ausrede, dass dies der Wirtschaft und somit uns allen dienen würde.

Aber natürlich nützte dies nicht allen gleich viel: Es führte dazu, dass wenige Reiche noch reicher und viele dafür noch ärmer wurden. Die Kluft zwischen jenen, die ein Herrenleben führen und jenen, die nur mit Mühe bis ans Monatsende kommen, ist grösser geworden. Danach hat die bürgerliche Politik die Löhne praktisch blockiert. Dies mit der Begründung, dass es die einzige Möglichkeit sei, um im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können. Weiter wurden die Aufgaben des Staates neu definiert, was zu einem Abbau der Leistungen führte.

Unsere Kampagne soll eine breite Diskussion mit möglichst vielen Menschen ermöglichen. Dabei sollen die Mechanismen und Hintergründe aufgezeigt werden, die von den Bürgerlichen – insbesondere von der SVP – benutzt werden, um den Sozialabbau voranzutreiben. So wird in wirtschaftlich guten Zeiten behauptet, dass die Sozialleistungen überflüssig sind und das Wachstum der Wirtschaft verhindern. In Krisenzeiten wird dann behauptet, dass die Sozialversicherungen wie die AHV, IV und ALV hoch verschuldet sind und daher saniert werden müssen. Dabei ist das «Rezept» der Bürgerlichen, das sie vorschlagen, immer das gleiche und heisst Abbau der Leistungen, Zerschlagung des Sozialstaates.

Unsere Aufgabe ist jedoch viel schwieriger: Es reicht nicht diese Mechanismen zu denunzieren. Wir müssen gleichzeitig unsere mittelfristigen Forderungen, aber auch unsere «Utopie» aufzeigen. Wir müssen den Mut haben, wieder über Sozialismus und Kommunismus zu reden. Und zwar als Ziele, die es zu erreichen gilt. Denn – vielleicht heute mehr denn je – trifft die Aussage «Sozialismus oder Barbarei» den Kern der Wahrheit. Die Barbareien haben wir täglich vor den Augen. Daher müssen wir für den Sozialismus kämpfen.

Die Grundvoraussetzung einer humanen und solidarischen Gesellschaft

Leo Schmid. **Wenn die soziale Sicherheit ihrer Rolle nicht mehr gerecht wird, nehmen die gesellschaftlichen Probleme wie Kriminalität und Gewalt zu. Die Sozialversicherungen sind als Einheit zu betrachten und das Ziel ist eine bessere Lebensqualität für alle.**

Während das Thema «Sicherheit» beziehungsweise «Unsicherheit» überall breit geschlagen wird und die politische Rechte damit ihre Stüppchen kocht, stellt man gleichzeitig fest, dass es die gleichen Kreise sind, die unerbittlich Abbau an den so hart erkämpften Sozialversicherungen betreiben. Es scheint, als ob die Angstmacherei vor dem Morgen und die grobe Missachtung sozialer Bedürfnisse die einzigen Mittel wären, um das Land aus dem Graben heraus zu manövrieren, in welches die Exesse ultraliberaler Finanzpolitik es gekarrt haben: Die Invalidenversicherung drückt mit aller Härte die Renten, die Arbeitslosenversicherung ist in der Krise und kürzt drastisch die Leistungen, die Krankenversicherung wird an allen Ecken und Enden angegriffen, bis hin zum Risiko des Zusammenbruchs, die Renten aus der 2. Säule sollen gekürzt werden und selbst die kerngesunde AHV ist bedroht.

Unsicherheit schüren, um in Ruhe zu regieren

Die bürgerlichen Parteien, vehemente Verteidiger des liberalen Systems, beschäftigen sich vor allem damit, Probleme der Kriminalität breit zu schlagen und ein Klima der Angst zu schüren, welches die Bevölkerung spaltet. Mit der immer deutlicheren Zustimmung einer gewissen Linken nehmen die Antworten auf solche Unsicherheiten allzu oft repressiven Charakter an. Als ob die einzigen «Betrüger» Jugendliche und AusländerInnen wären, während Steuerbetrüger locker banalisiert werden. Sicher gibt es in diesen Bevölkerungsgruppen einen kleinen Prozentsatz von Betrügern, das ist real und nicht akzeptabel. Aber sollen deshalb gleich alle in einen Topf geschmissen werden?

Hauptquelle dieser Verunsicherung ist eine diffuse, soziale Problemsituation. Zahlreiche Studien zeigen auf, dass wenn die soziale Sicherheit ihrer Rolle nicht mehr gerecht wird, die Verunsicherung in der Gesellschaft wächst. Eine Zunahme von Prekarisierung und Misere können Probleme in Richtung Kriminalität schaffen. Die Probleme mit der Kriminalität werden von der nationalistischen Rechten propagandistisch missbraucht und von der Skandalpresse aufgebauscht. Ein idealer Diskurs um Schuldige zu brandmarken anstatt Lösungen anzustreben.

Gemeinschaftliche Organisation der Gesellschaft

Doch die repressiven Antworten gehen dem Problem nicht auf den Grund. Die Partei der Arbeit engagiert sich demgegenüber dafür, dass der Weg zur Lösung der Alltagskriminalität über eine bessere soziale Sicherheit für alle geht.

Wenn alle die Garantie stabiler Lebensverhältnisse hätten, ohne materielle Ungewissheiten, würden die Probleme der Alltagskriminalität gewiss abnehmen. Dies ist unter anderem ein wichtiger Grund, den Sozialabbau zu bekämpfen. Soziale Sicherheit erlaubt nicht nur die Konflikte zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen zu entschärfen, sie ermöglicht auch vereint zu bleiben im Kampf gegen jene, die von den Spaltungen in der Bevölkerung profitieren.

Das kapitalistische System in welchem wir leben, gründet nach wie vor auf der Ausbeutung einer Mehrheit - die sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen sieht - durch eine Minderheit, die davon grossen Profit zieht. Das Regime der Instabilität in der Arbeitswelt erleichtert es einer Handvoll Kapitalisten, die weniger gut Situierten gegeneinander in Konkurrenz zu setzen. Diese Dynamik eignet sich dazu, die Schwächsten auszugrenzen und die andern immer härteren Arbeitsbedingungen zu unterwerfen, unter Drohung auch ihrerseits ausgeschlossen zu werden. Aber dieses Gesetz der Stärkeren schwächt nicht allein die Schwächsten. Aus unserer Sicht schadet es der ganzen Gesellschaft. Wir sind davon überzeugt, dass eine kollektive, gemeinschaftliche Organisation der Gesellschaft bessere Resultate bringt, als die Anhäufung individueller Interessen. Es gilt daher einen solidarischen Schulterschluss zu bilden, welcher der

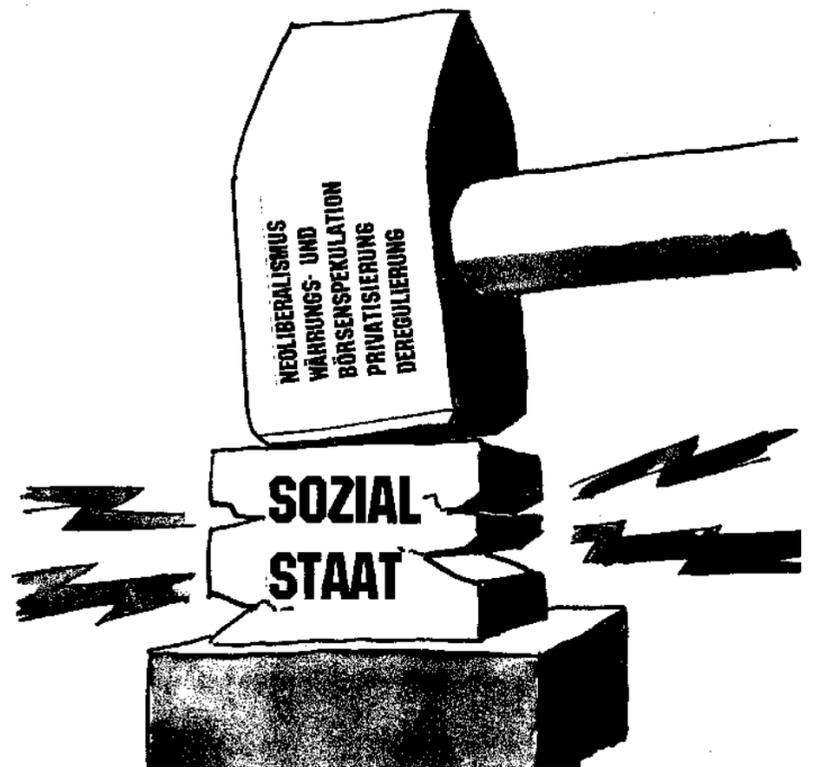
individualistischen Ideologie, diesem «jeder für sich» entgegentritt. Dieser Konzeption einer Welt nur zum Profit der Stärksten müssen wir mit der Solidarität unter den Bevölkerungsklassen antworten. Darin liegt die Grundlage der sozialen Sicherheit.

Keine Wohltätigkeit, sondern Gerechtigkeit

Es gilt das Geld dort zu holen, wo es ist. Das heisst konkret, dafür zu kämpfen, dass die Sozialversicherungen vor allem von jenen finanziert werden, die über grössere Mittel verfügen. Denn allein das Zusammenlegen der Profite und die Umverteilung des Reichtums zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsklassen erlaubt die soziale Sicherheit aller.

Die soziale Sicherheit ist als Einheit zu betrachten, nicht als eine ganze Anzahl von Teilen, die sich konkurrenzieren. Kriterien wie das Alter, der Gesundheitszustand oder die Arbeitsfähigkeit erlauben es wohlverstanden, die berechtigten BezügerInnen zu identifizieren. Keinesfalls darf man sich jedoch in Gegensätze wie Alte und Junge, Arbeitende und Arbeitslose verstricken. In einer wirklich egalitären Gesellschaft kann man sich durchaus vorstellen, dass die eine Generation für die andere Beiträge bezahlt, dass Kranke und Behinderte auf Kosten jener leben, denen es gut geht. Doch in der heutigen Welt sind es jene die alle Mittel haben, die Reichsten, welche für das Notwendigste für zerbrechliche und alte Menschen aufkommen sollen.

Wir sollten der Logik einer Aufteilung der Sozialversicherung in verschiedene Teile nicht folgen. Der Diskurs jener, die jede Versicherungsleistung in Frage stellen, als ob es sich um eine von allen andern unabhängige handeln würde, haben immer das uneingeständene Ziel, die Spaltungen unter den Arbeitenden zu vertiefen. Holen wir also das Geld dort wo es ist.



Die PdA kämpft seit ihrer Gründung dafür, dass die Reichsten für die Ärmsten zahlen sollten. Dabei geht es nicht um Wohltätigkeit, sondern darum, dass die Gerechtigkeit erfordert, den durch die Werktätigen erarbeiteten Reichtum, diesen Reichtum welchen die Kapitalisten ungestraft stehlen, zurückzugeben.

Sind die Sozialversicherungen in der Schweiz «sozial»?

Leo Schmid. **Die PdA kämpft für die Sozialversicherungen, aber das bedeutet nicht, dass sie einfach nur für den gegenwärtigen Zustand ist. Wir sind für Sozialversicherungen, die wirklich sozial sind. Versicherungen, die den von der Arbeit erwirtschafteten Reichtum umverteilen, was nicht bei allen Sozialversicherungen der Fall ist.**

Bei den Renten haben wir eine AHV und eine zweite Säule. Die AHV funktioniert nach paritätischen Prinzipien. Im Jahre 2008 kamen 73,6 Prozent der Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeitenden und der Unternehmen. Zu dieser Zahl kommt ein Beitrag von 26,3 Prozent der öffentlichen Hand hinzu. Die überwältigende Mehrheit dieses Reichtums wird aus der Arbeit geschöpft, es handelt sich daher um einen realen Reichtum. Die Beträge der Renten variieren mit einem Verhältnis von eins zu zwei, die höchste Rente kann also nicht mehr als das Doppelte der tiefsten betragen. Es ist also ein umverteilendes System, da das kleinste Gehalt bis zu 20fach kleiner als das grösste sein kann.

Keine Umverteilung

Die Einkünfte der beruflichen Vorsorge kommen zu einem grossen Teil aus den Beiträgen der Arbeitenden und Unternehmen (63 Prozent). Jedoch finanziert sich die zweite Säule auch aus Börsenspekulationen, was gefährlich werden kann, und was keinen realen Reichtum produziert. 2007 machte die Spekulation 27 Prozent der Einkünfte der zweiten Säule aus. Für 2008 wird die Finanzkrise mit Sicherheit Verluste hervorgerufen haben. Ein so instabiles System wird zusätzlich von der Tatsache geschwächt, dass die Zahlungen genau proportional zu den Beiträgen sind, ohne Umverteilung. Die Armen bekommen also wenig bis gar nichts.

Die Funktionsweise der ALV und der IV ist ähnlich jener der AHV, jedoch mit weniger Effizienz. Ihre Finanzierung kommt im Wesentlichen aus den Beiträgen der Arbeitenden und Unternehmen (91 Prozent bei der ALV, 54 Prozent bei der IV) und aus direkten Beiträgen von Bundesbehörden (8 Prozent ALV, 45 Prozent IV). Diese Einkünfte genügen jedoch nicht für ein Funktionieren

dieser Versicherungen. Die Rechte weigert sich absolut, sie auf der Grundlage einer Umverteilung zu erhöhen, und zieht es vor, die Mehrwertsteuer zu erhöhen anstatt die Beiträge der Unternehmen. In der Theorie bleiben diese Versicherungen relativ umverteilend. Aber ihre Leistungen genügen absolut nicht.

Retten und ausbauen!

Der Fall der Krankenversicherung ist wahrscheinlich der katastrophalste. Da es keine allgemeine öffentliche Versicherung gibt, hat eine gewisse Zahl von privaten Versicherungen die Gesundheitsversorgung in einen grossen Supermarkt der Rentabilität umgewandelt. Die Finanzierung dieser Versicherung stammt fast ausschliesslich aus obligatorischen Basisprämien (80 Prozent), die für alle gleich sind, während die öffentliche Hand den Rest (20 Prozent) finanziert. Aber für einen Menschen mit geringem Einkommen machen die Krankenkassenprämien einen bedeutenden, und damit problematischen, Teil seines Budgets aus, während diese Ausgabe den Reichen als gering erscheint. Die obligatorische Versicherung deckt die Grundversorgung, aber dieses Minimum muss ausgeweitet werden, da es in Wirklichkeit viele Therapien ausschliesst, die allein diejenigen sich problemlos leisten können, die genügend Geld haben.

Diese zahlreichen Defizite der schweizerischen Sozialversicherungen müssen auf jeden Fall überwunden werden. Deshalb kämpft die PdA nicht nur gegen den Sozialabbau, sondern auch für einen Ausbau des gegenwärtigen Sozialversicherungssystems. Für eine wirkliche soziale Sicherheit zu kämpfen bedeutet, die aktuellen sozialen Errungenschaften zu retten, um weitere zu erkämpfen.

Arbeitslosigkeit: Eine Geissel für das Volk

Leo Schmid / David Payot. **Bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) wird das Parlament in der Wintersession mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit massiv Verschlechterungen beschliessen. Ein Sozialabbau im grossen Stil, der vor allem Jugendliche und ältere ArbeitnehmerInnen besonders hart trifft. Widerstand ist Pflicht!**



Die gegenwärtige Arbeitswelt, die vom Liberalismus bestimmt wird, ist gekennzeichnet durch die steigende Konkurrenz zwischen den ArbeiterInnen. Die Konkurrenz ist eines der negativsten Elemente des Kapitalismus, denn sie entzweit das Volk und ermöglicht den Arbeitgebern, aus einer Position der Macht zu handeln.

Eine wirksame ALV begrenzt die Konkurrenz zwischen den ArbeiterInnen. Dank der ALV verfügen die ArbeiterInnen, die ihre Arbeit verlieren, über ein Ersatz Einkommen. Dieses Einkommen soll den Arbeitslosen Zeit geben, eine neue Arbeit zu finden, ohne dass sie gezwungen werden, sofort zu beliebigen Be-

dingungen arbeiten zu müssen. In der Schweiz haben wir eine Sozialversicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Diese Errungenschaft ist für uns ein grundlegendes Instrument für die Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen. Sie ist jedoch nicht perfekt, eine Ausweitung der Leistungen ist nötig, um den Kampf gegen die Konkurrenz zu verstärken.

Wir sind der Meinung, dass es bei der ALV sowie bei jeder Sozialversicherung nötig ist, zuerst den ArbeiterInnen die besten Leistungen anzubieten und danach alles zu versuchen, diese zu finanzieren. Im Gegensatz dazu hat die Rechte mit der ALV andere Absichten. Mit dem Vorwand, eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen, versucht sie die ALV zu zerschlagen.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem braucht es eine grosse Reservearmee von ArbeiterInnen. Das führt dazu, dass die ArbeiterInnen genötigt werden, eine Arbeit auch zu ungünstigen Bedingungen anzunehmen, damit sie nicht ganz ohne Einkommen dastehen. Auf Veranlassung des Bundesrats ist eine neue Gesetzesrevision in Ausarbeitung. Ihr Ziel ist eine Verschlechterung der Leistungen für jene, die auf dem Arbeitsmarkt ohnehin schon die Schwächsten sind: für die Jugendlichen, für die ArbeiterInnen, die bald pensioniert werden, und für die Gegenden, die am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Wenn wir die vorgeschlagene Revision analysieren, erkennen wir klar die wirklichen Absichten der Arbeitgeber und ihrer politischen Vertreter.

Der Plan des Bundesrats wird gegenwärtig vom Parlament beraten. Die bürgerliche Mehrheit neigt zur Zeit zu noch mehr Einsparungen. Wir lassen hier deshalb einen kurzen Überblick über die Änderungen folgen, die ab 2010 oder 2011 wirksam werden könnten.

Die über 55-Jährigen

Um in der Schweiz ein Anrecht auf Arbeitslosengeld zu haben, muss man während einer gewissen Zeit gearbeitet und in die ALV einbezahlt haben. Zur Zeit garantiert ein Jahr Arbeit eineinhalb Jahre Arbeitslosengeld. Die über 55-Jährigen und die Teilinvaliden haben sogar das Anrecht auf zwei Jahre Arbeitslosen-

geld, wenn sie vorher eineinhalb Jahre gearbeitet haben. Mit der geplanten Revision wird das Anrecht auf Arbeitslosengeld bei gleicher Dauer der Arbeit verringert: Ein Jahr Arbeit garantiert ein Jahr Arbeitslosengeld, und man muss 15 Monate lang gearbeitet haben, um während eineinhalb Jahren Arbeitslosengeld zu erhalten. Die über 55-Jährigen und die Teilinvaliden müssen fast zwei Jahre gearbeitet haben, um während zweier Jahre Arbeitslosengeld zu bekommen. Die davon Betroffenen sind vor allem die ArbeiterInnen in unsicheren Verhältnissen, die es schwer haben eine Anstellung zu finden und nur für kurze Zeit angestellt sind. Mit anderen Worten: Die ALV wird, wenn es nach dem Bundesrat geht, die Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen weniger schützen.

Die Jugendlichen

Die Menschen, die soeben ihre Ausbildung abgeschlossen haben, befinden sich in einer besonderen Lage. Sie haben noch nicht in die ALV einbezahlt und sind auf der Suche nach einer ersten Anstellung, die oft schwierig zu finden ist. Das gültige Gesetz erlaubt ihnen, während eines Jahres Arbeitslosengeld zu beziehen und sieht für Menschen, die Kinder zu betreuen haben, eine besondere Lösung vor.

Das neue Arbeitslosengesetz gibt nur während etwa sechs Monaten (120 Arbeitstagen) Anrecht auf den Bezug von Arbeitslosengeld und unterscheidet nicht mehr zwischen Eltern und Einzelpersonen. Darüber hinaus bestimmt das neue Gesetz eine Frist von einem Jahr, während der die betroffene Person sich beim regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) registrieren muss, bevor sie Arbeitslosengeld erhält. Anders ausgedrückt: Die arbeitslosen Jugendlichen müssen sich sofort beim RAV melden, nachdem sie ihre Ausbildung beendet haben, aber sie erhalten während des ersten Jahres kein Arbeitslosengeld.

Der Ständerat hat sich zudem dafür ausgesprochen, die Kriterien zu verschärfen, nach denen Jugendliche gezwungen werden, eine Anstellung anzunehmen, nachdem sie sich beim RAV gemeldet haben. Bis zum Alter von 30 Jahren müssen Jugendliche auch eine Anstellung annehmen, die ausserhalb ihrer Ausbildung oder einer entsprechenden Anstellung liegt. Der Staat befindet sich somit in der seltsamen Lage, die Ausbildung von Jugendlichen zu finanzieren und sie dann in weniger qualifizierte Anstellungen zu zwingen.

Die armen Gegenden

Zur Zeit kann einem Kanton eine Verlängerung der Auszahlung von Arbeitslosengeld gewährt werden, wenn es sich um eine Gegend handelt, die besonders von Arbeitslosigkeit betroffen ist, dies unter der Bedingung, dass der Kanton 20 Prozent davon übernimmt. Nach dem neuen Gesetz wird er 40 Prozent davon finanzieren müssen.

Zudem wird eine Verlängerung der Auszahlung nur möglich sein, wenn die Arbeitslosigkeit in der ganzen Schweiz steigt. Das heisst, dass ein Kanton von dieser Massnahme nicht mehr profitieren kann, wenn in der Mehrzahl der Kantone die Arbeitslosigkeit sinkt. Das heisst auch, dass die Massnahme in Betracht gezogen werden kann, wenn die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellt, aber nicht mehr gewährt wird, wenn sie langsam sinkt, aber trotzdem hoch bleibt. Das ist umso absurder, als die Ziffer der Arbeitslosen auf der Grundlage der registrierten Arbeitslosen berechnet wird. Da die Arbeitslosen, bei denen die Frist für den Bezug von Arbeitslosengeld ausgelaufen ist, nicht mehr gezählt werden, senken sie künstlich die Ziffer, währenddem gerade sie eine Unterstützung nötig hätten.

Ist Arbeitslosigkeit ein Schicksal?

Wir müssen uns immer daran erinnern, dass die ALV eine Sozialversicherung ist. Als solche sollte sie die Solidarität zwischen den Bevölkerungsgruppen festigen und nicht die Gräben vertiefen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht einfach ein Schicksal, sondern eine zwingende Folge des kapitalistischen Systems, das sich in seiner neoliberalen Form immer mehr ausweitet. In den letzten 20 Jahren ist der Anteil der Löhne weltweit um mindestens sieben Prozent gesunken, während der Anteil der Dividenden, die an die Aktionäre ausbezahlt wurden, im gleichen Masse gestiegen ist.

Wofür die Lehre gemacht?

Cyrille Baumann. **Nach dem Abschluss der Lehre fand ein Jugendlicher keinen Job trotz intensiven Bemühungen. Er erzählt über sinnlose Bewerbungen und wie er in ein Loch reinkam.**

Was hast du nach der Grundschule gemacht? Warum warst du eine Zeit lang arbeitslos?

Ich habe das staatliche 10. Schuljahr gemacht, da meine Sprachkenntnisse nicht für einen Sekundarabschluss reichten und fand dann eine Lehrstelle als Kaufmännischer Angestellter bei einer Gewerkschaft. Abgesehen von der Buchhaltung schloss ich meine Lehre, insbesondere in den Polit- und Wirtschaftsfächern, mit sehr guten Ergebnissen ab. Ich ging danach in die RS, aus der ich aus medizinischen Gründen, frühzeitig zurückkehrte - wohlgerne psychisch relativ angeschlagen. Während der RS konnte ich keine Stelle suchen, denn dafür blieb keine Zeit.

Kannst du kurz erklären was du bei der RAV machen musstest?

Bei meinem ersten Besuch beim RAV hatte ich ein Gespräch mit meinem Berater, welcher mir trotz der unangenehmen Situation und aller Erzählungen von Erlebnissen aus dem Bekanntenkreis sympathisch vorkam. Er hat mit mir zuerst mal meine Qualifikationen angeschaut und hat dann schlussendlich acht Bewerbungen pro Monat mit mir abgemacht. Ich habe dann die kommenden sechs Monate mit Mühe und Not die nötigen Bewerbungen jeweils zusammenbekommen. Wobei mindestens die Hälfte davon hatte von vornherein keine Chance, weil entweder ein gewisses Alter, eine gewisse Berufserfahrung oder eine spezielle Weiterbildung vorausgesetzt wurde. Ich fand es als Lehrabgänger äusserst unsinnig, dass ich quasi gezwungen wurde, Bewerbungen zu schreiben, bei denen bereits im Voraus klar war, dass ich offensichtlich keine Chance auf Erfolg hatte. Wieso sollte ich mich auf Inserate bewerben bei denen ein Mindestalter von 25 oder eine Berufserfahrung von mindestens zwei Jahren gefordert wurden. Überhaupt ist meiner Meinung nach die Regelung, dass die Lehre keine Berufserfahrung sei, ein absoluter Witz. Damit sind die meisten Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die vom Lehrbetrieb

nicht übernommen werden können, gegenüber allen anderen Stellensuchenden im Nachteil, auch wenn die effektive Qualifikation unter Umständen sogar besser wäre.

Wie ging es dir selber mit der Situation in der du dich befandest?

Anfänglich ging es mir gut. Ich konnte etwas ausschlafen und meine «Freizeit geniessen». Doch relativ bald hatte sich dies komplett verändert. Schliesslich kann man ja auch nicht den halben Tag schlafen - je länger ich schlief, desto müder wurde ich, also begann ich wieder früher aufzustehen. Aber was machen mit der Zeit in der ich nicht Ausschau nach mehr oder weniger realistischen Stellen hielt? Meine Freunde waren entweder bei der Arbeit oder in der Schule. So entwickelten sich mein Fernseher und meine Videospielekonsole zu meinen besten Freunden. Bald darauf, war ich dann auch abends, wenn meine Freunde Zeit gehabt hätten, wieder so müde, dass ich weder die Energie, noch Lust, geschweige den überhaupt Nerven gehabt hätte, mich mit jemandem zu treffen. So habe ich mich immer mehr zurückgezogen und wurde zunehmend depressiv. Wenn ich mich zu erinnern versuche, dann war mein beissendster Gedanke: «Und wofür zum Geier habe ich jetzt diese dreijährige Lehre gemacht, wenn mich jetzt doch niemand will?»

Gibt es deiner Meinung nach Lösungen für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit?

Solange das wirtschaftliche System auf Kapitalismus und Profitsteigerung beruht, werden Symptome wie Jugendarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Rentenklau und so weiter existieren. Ich denke, dass diese Probleme erst mit einem radikalen Umsturz des Systems gelöst werden können und nur mit einer Abkehr von einer währungs-basierten Wirtschaft. Daran kann keine Soziale Marktwirtschaft etwas ändern und auch keine Sozialdemokratie zur langfristigen Lösung beitragen.

Die IV ist ein Recht und kein Almosen

David Payot. **Die Invalidenversicherung (IV) stellt ein Minimal-System der Umverteilung von hohen zu den niedrigsten und prekärsten Einkommen dar. Es verwundert daher nicht, dass die Bürgerlichen versuchen, diese Versicherung zu diskreditieren und abzubauen. Eine Versicherung, die unsere ganze Unterstützung verdient.**

Die IV existiert seit 1960 und hat bis ins Jahr 1993 immer eine mehr oder weniger ausgeglichene Rechnung vorgewiesen, bevor ein stetig steigendes Defizit auftrat. Die Zunahme des Defizits war die Folge der Krise der 1990er Jahre und der Prekarisierung der Arbeitsbedingungen, die mit dieser Krise einherging. Die Bürgerlichen führen nun dieses Defizit ins Feld, um die Leistungen weiter abzubauen und um Jagd auf die «IV-BetrügerInnen» zu machen.

Stattdessen müsste die untrennbare Beziehung zwischen den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen und der IV im Zentrum der Diskussion stehen. Die Invalidität wird in unserem System der Sozialversicherungen als eine ökonomische Grösse betrachtet. So gibt eine Krankheit kein Recht auf eine Rente. Nur wenn sie die Beschäftigungsmöglichkeiten dauerhaft verringert, rechtfertigt sie eine Rentenzahlung. Auf dem aktuellen Arbeitsmarkt gibt es viele Menschen, die aufgrund ihres Gesundheitszustands ohne berufliche Perspektiven sind. Sie fordern logischerweise eine IV-Rente. Dies ist besonders bei wenig qualifizierten ArbeitnehmerInnen der Fall. Dies auch der Grund, dass die AusländerInnen unter den Invaliden überrepräsentiert sind. Sie machen einen Anteil von 35 Prozent der Invaliden und 30 Prozent der Rentenzahlungen aus, sind aber nur rund 20 Prozent der Bevölkerung. Unter den ArbeiterInnen und Arbeitssuchenden sind sie proportional zahlreicher als die SchweizerInnen vertreten. AusländerInnen verrichten häufiger schwere und wenig qualifizierte Arbeiten, haben häufiger Lücken in ihrer Ausbildung und weniger Kenntnisse der deutschen Sprache. Hinzu kommt die Tatsache, dass sie bei Einstellungen oft diskriminiert werden.

Verschärfung der Praktiken

Die ersten Veränderungen waren nicht spektakulär. In der Praxis wurde eine härtere Gangart eingeschlagen, jedoch ohne die Gesetzgebung anzupassen. Seit 2003 sinkt die Zahl neuer Renten kontinuierlich und rapid: von 28 100 neuen LeistungsempfängerInnen im Jahr 2002 auf 16 600 im 2008, was einem Rückgang von etwa 40 Prozent entspricht. Der Bund beglückwünscht sich zu dieser Leistung, aber die benutzten Mittel glänzen nicht. Grund dieses Rückgangs ist ein neues System zur Bestimmung der Renten, das über den Umweg von Regionalen Medizinischen Diensten (RMD) funktioniert.

Die IV hat so ein Netz von ExpertInnen unter ihrer Kontrolle aufgebaut, das die Versicherten kurz untersucht und ihnen dann einen negativen Bescheid gibt. Dieser medizinischen Begutachtung kann so formell nicht widersprochen werden und sie genießt das Vertrauen der Richter. Jedoch entfernen sich die Gutachten der IV-ExpertInnen regelmässig von der Realität der Versicherten und ihrer behandelnden Ärzte. Mehrere Skandale stellen die Objektivität dieses Systems in Frage: Von 2006 bis 2008 war der Chef des RMD Zürich ein ehemaliges führendes Mitglied einer rechtsextremen Partei in Deutschland. Nachdem die Affäre in der Presse aufgedeckt wurde, hat die IV ihren Angestellten entlassen, seine Entscheidungen aber nie in Frage gestellt oder zumindest überprüft.

Der RMD in der Westschweiz hat seinerseits Expertisen von unabhängigen Psychiatern zu Rate gezogen. Dabei besonders geschätzt war ein Experte, der für seine strengen Urteile gegenüber den Versicherten bekannt war. Trotz der mehrjährigen Kritiken anderer Ärzte und von SozialarbeiterInnen, hat der RMD die «unabhängigen» Expertisen dieses Mediziners weiter berücksichtigt. 2007 hatte dieser Psychiater die Rekordzahl von 141 Aufträgen für Expertisen vom RMD erhalten, was wohl mehrere Hunderttausende Franken an Honorar bedeutete. Trotz allem hat seine Meinung juristisch mehr Gewicht als die des behandelnden Arztes, welcher der Parteilichkeit zugunsten seines Patienten, sprich des Versicherten, verdächtigt wird!

Weiterer Abbau geplant

Das Gesetz wurde ab dem 1. Januar 2008 verändert mit dem klaren Ziel, die neuen Rentenzahlungen zu verringern. Seit diesem Zeitpunkt werden

die Renten nur ab einem Invaliditätsgrad von mindestens 40 Prozent ausgezahlt. Was dies bedeuten kann? Eine Verkäuferin mit einer Anstellung zu 100 Prozent verdient 3500 Franken im Monat. Wird sie nun zu 40 Prozent arbeitsunfähig, kriegt sie keine Rente und muss von 60 Prozent ihres Einkommens leben. In diesem Fall sind es keine 2000 Franken im Monat. Ausserdem gibt es keine Renten mehr für die LebenspartnerInnen von Invaliden.

Etwas mehr als ein Jahr nach der letzten Reform plant der Bundesrat eine neue Etappe. Nachdem er die neuen Renten maximal begrenzt hat, möchte er jetzt die schon laufenden Renten neu berechnen und sie den gleichen Kriterien wie den neuen Anträgen unterziehen. Es ist überhaupt nicht sicher, ob dieser Schritt legal ist, denn im Prinzip braucht es besondere Gründe, um eine getroffene Entscheidung nach neuen Kriterien zu revidieren. Die Kantone begegnen dieser Revision auch sehr skeptisch, denn sie befürchten neue Belastungen auf ihre Kosten. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die Bürgerlichen im Parlament dieses Projekt ohne grosse Probleme annehmen und wir das Referendum dagegen ergreifen werden.

Doppelt so hohe Sterberate

Die IV wandelt sich in ein Gebiet, in dem der Missbrauch bekämpft wird. Dies analog dem Asylrecht. Auch hier wurden in einem ersten Schritt die Verwaltungen gedrängt, härter vorzugehen: So wurde die Anzahl der Prüfung der Anträge reduziert und die Entscheidungszentren räumlich von den AntragstellerInnen getrennt. Die anschliessenden Gesetzesreformen haben dann immer dazu geführt, die Anforderungen gegenüber den AntragstellerInnen zu erhöhen, ihre Möglichkeiten zu verringern und die Entscheidungsfreiheit der Verwaltung zu erhöhen. Durch diese Vorgänge passen sich die Statistiken dem politischen Willen an. So wie das Asylrecht substanziell ausgehöhlt wurde und wird, so werden die Invaliden immer weniger geschützt.

Wir müssen daher an die soziale Dimension der IV erinnern, die aus verschiedenen Aspekten besteht: Das allererste Ziel dieser Versicherung ist es, den Personen, die ihre beruflichen Aktivitäten nicht fortführen können, ein Minimaleinkommen zu sichern. Jedoch betrifft Invalidität vor allem manuelle Arbeiter und solche mit geringer Qualifikation. Die Studien von Gubéran und Usel (2000) zeigen, dass



die nur teilweise oder nicht qualifizierten ArbeiterInnen zehn Mal häufiger arbeitsunfähig werden als freie Berufe und WissenschaftlerInnen (25.4 Prozent gegenüber 2.1 Prozent). Das Risiko passt sich der Qualifikation an, je höher die sozioprofessionellen Kategorien, desto geringer das Risiko der Invalidität. Die Studie von Gubéran und Usel ruft auch einige gesundheitliche Realitäten in Erinnerung: Je weniger man qualifiziert ist, desto höher das Sterberisiko vor dem 65. Lebensjahr und die Sterberate der Invaliden ist doppelt so hoch wie die der Gesunden.

Geschmackslos und mehr

Siro Torresan. **Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BVS) hat anfangs November eine Kampagne lanciert, die auf viel Kritik stösst. Sie vermittelt die Botschaft, dass behinderte Menschen anders und trotzdem als Arbeitskraft verwertbar sind.**

«Behinderte liegen uns nur auf der Tasche», «Behinderte sind dauernd krank», «Behinderte kosten uns nur Geld» und «Behinderte arbeiten nie 100%». Diese Slogans sind seit anfangs November auf Werbeplakaten zu lesen. Man hat grosse Mühe es zu glauben, aber es ist die Kampagne des Bundesamts für Sozialversicherungen (BVS). «Die Kampagne ist Teil eines auf mehrere Jahre angelegten Bündels von Sensibilisierungs- und Informationsmassnahmen, die den Wandel der IV von der Renten- zur Eingliederungsversicherung unterstützen», ist auf der Webseite des BVS zu lesen. Sicher, zu den mit grossen Buchstaben geschriebenen Slogans folgt auf dem Plakat klein geschrieben ein Zusatz, so quasi die Auflösung. Beispiel: «Behinderte sind dauernd krank... und trotzdem morgens die Ersten im Büro». Doch der Zusatz ist so klein, dass man ihn fast mit der Lupe suchen muss. Es ist doch bekannt, dass von der Werbung immer der Hauptslogan im Kopf hängen bleibt. Die Folge ist, dass durch die Kampagne die Vorurteile in der Gesellschaft, die so plakativ angesprochen werden, bestätigt und vor allem gefestigt werden. Zumindest besteht das grosse Risiko dazu, was gravierend genug ist.

Stopp der Kampagne gefordert

Die Kampagne löste sofort Reaktionen aus. Der Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband (SBV) verurteilt

die Plakate: «Die plakatierten Sprüche sind nicht nur bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen, sondern haben diese Grenze überschritten und viele behinderte Menschen verletzt», schreibt der SBV in seiner Medienmitteilung. Und: «Für uns bleibt es unverständlich, wieso in der Vorbereitung der Kampagne nicht mindestens das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB) mit einbezogen wurde».

Aber zum gravierenden Kommunikationsfehler kommt ein grundsätzliches Problem dazu: Die Botschaft des BVS ist die Folgende: Behinderte Menschen sind anders, aber gut und nützlich. Nun, für die Partei der Arbeit (PdA) sind behinderte Menschen nicht anders als wir, die am Morgen –so wie wir ohne Behinderung – mit mehr oder weniger Lust aufstehen zur Arbeit zu gehen. Die Kampagne «kommerzialisiert» die behinderten Menschen, sie sagt, dass diese Menschen auch eine für die Wirtschaft «verwertbare Arbeitskraft» darstellen. Viel mehr sollte die Kampagne aber gegen die Vorurteile in der Bevölkerung gerichtet sein um eine echte gesellschaftliche Integration zu ermöglichen. Dies in einer Gesellschaft, die immer mehr Menschen ausschliesst. Und, dass jetzt wegen der Kampagne über die Arbeitsintegration der Behinderten gesprochen wird, ist längerfristig gesehen nur ein kleiner, schnell vergessener Trost.

Pensionskassen abschaffen!

PdA Bern. **Die momentane Diskussion über die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen berührt das wahre Problem nicht. Die Pensionskassen sind eine Fehlkonstruktion, die bloss den privaten Versicherungen, den Banken sowie Finanz- und Pensionskassenexperten viel Geld in die Kasse spült. Die Pensionskassen müssen abgeschafft und dafür die AHV ausgebaut werden.**



Die AHV ist eine solidarische Altersvorsorge. Jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin zahlt den gleichen Prozentsatz des eigenen Lohns ein, die maximale Rente ist aber nur doppelt so hoch wie die minimale Rente. Herr Vasella zahlt daher 720mal mehr als die am schlechtesten verdienende Putzfrau von Novartis, erhält aber nur die doppelte Altersrente. Wer als Erwerbstätiger arm war, bleibt bei den Pensionskassen hingegen auch als Rentnerin arm. Jeder erhält im Alter nur soviel, wie er einbezahlt hat. Dieses Problem kann innerhalb der Pensionskassen nicht gelöst werden. Die einzige Lösung ist die Abschaffung der Pensionskassen und der Ausbau der AHV.

Selbstaussbeutung

Die Pensionskassen machen die Arbeiterinnen und Arbeiter zu ihrem eigenen Feind. Im Kapitalismus gibt es einen dauernden Kampf zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern um die Verteilung des Mehrwertes, den die Arbeitenden erwirtschaften. Gewinnen die ArbeiterInnen diesen Kampf, so sind die Löhne höher und die Firmengewinne tiefer. Für die AHV wirkt sich dies nur positiv aus: Es werden mehr Beiträge bezahlt. Für Pensionskassen hat dies auch negative Folgen, da bei vielen bis zu einem Drittel des Vermögens in Aktien angelegt sind. Wenn die Firmengewinne sinken, fallen auch die Aktienkurse. Die Pensionskasse gerät in Unterdeckung und muss von den Beitragszahlenden saniert werden. Je nach Art der Sanierung erhalten die Beitragszahlenden entweder jetzt weniger Lohn oder später eine tiefere Pension.

Pensionskassen legen einen Teil ihres Vermögens in Immobilien an. Dies ist ein Grund dafür, dass die Immobilienpreise und damit auch die Mieten in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz viel schneller als die Einkommen gestiegen sind. Nur die Abschaffung der Pensionskassen kann verhindern, dass wir weiterhin unser eigenes Grab schaufeln. Die Pensionskassen benötigen auch eine riesige Bürokratie, die in der Schweiz pro Jahr zwischen drei und fünf Milliarden Franken kostet. Geld, das von den Arbeitenden bezahlt wird, das sie aber nie mehr sehen. Kleine Betriebe haben gar keine Pensionskasse, sie sind bei so genannten Sammelstiftungen angeschlossen. Die meisten Sammelstiftungen werden von privaten Versicherungen geführt und zocken die Leute gleich doppelt ab. Erstens kassieren sie pro Versicherten bis zu 800 Franken Verwaltungskosten pro Jahr. Zweitens

dürfen sie aus den Kapitalerträgen der Versicherten noch zehn Prozent in die eigene Tasche fließen lassen. So erstaunt es wohl nicht, dass der CEO der Swisslife im hundsmiserablen Börsenjahr 2008 vier Millionen Franken verdient hat.

Grössere Betriebe haben eigene Pensionskassen, die ebenfalls eine Bürokratie brauchen. Bei ihnen ist aber die Vermögensverwaltung noch teurer. Banken und andere Finanzverwalter legen das Geld an und kassieren saftige Honorare dafür. Risiko tragen sie absolut keines. In den letzten Jahren investieren Pensionskassen immer mehr Geld in Hedge Funds, die pro Jahr ein bis zwei Prozent des angelegten Kapitals als Vermögensverwaltungsgebühr kassieren. Zusätzlich kassieren sie in guten Jahren bis zur Hälfte der Rendite als Provision. In schlechten Jahren tragen die Pensionskassen die Verluste alleine. Bei der Abschaffung der Pensionskassen fällt diese Bürokratie und Abzockerei ersatzlos weg. Die AHV kann mit dem gleichen Aufwand doppelt so hohe Prämien einnehmen und doppelt so hohe Renten auszahlen.

Selbst über unser Geld bestimmen

Die AHV wird regelmässig an die Teuerung angepasst und ist daher inflationsgeschützt. Nicht so bei den Pensionskassen: Deren Renten werden nicht an die Teuerung angepasst. Der Bundesrat hat vor rund einem Jahr den Aktionären der UBS bis zu 68 Milliarden Franken in ihren schon fetten Arsch gestopft. Auch in anderen Ländern haben die Regierungen Tausende von Milliarden ins marode Bankensystem gepumpt. Dies wird sich in den nächsten Jahren durch eine hohe Inflation auswirken. Wenn die Inflation einiger Jahre zusammengezählt 100 Prozent beträgt, dann ist die Rente bloss noch die Hälfte wert. Es wird dann ziemlich nebensächlich sein, ob der Umwandlungssatz 6.4 oder 6.8 Prozent beträgt. Nur die Abschaffung der Pensionskassen kann verhindern, dass uns der Bundesrat weiterhin so einfach das Geld aus der Tasche ziehen kann.

Die Abschaffung der Pensionskassen und der Ausbau der AHV sind finanziell problemlos möglich. Letztes Jahr hat die AHV für rund 30 Milliarden Renten ausgeschüttet. Für die Pensionskassen sind Prämien von fast 40 Milliarden Franken bezahlt worden. Wenn dieses Geld stattdessen in die AHV flosse, könnte sie daher ihre Renten problemlos verdoppeln. Das bisher angehäufte Vermögen der Pensionskassen würde für die Verdoppelung der Renten gar nicht gebraucht. Es könnte nach einem fairen Schlüssel zwischen Beitragszahlenden und Rentnern aufgeteilt werden. Jede Rentnerin und jeder Beitragszahlende mit einem schon beträchtlichen Pensionskassenvermögen könnte selber entscheiden, ob er oder sie sich ihren Anteil auszahlen lassen und dafür weiterhin die bisherige AHV-Rente erhalten, oder den Anteil der AHV zur Verfügung stellen und dafür die doppelte AHV-Rente erhalten will. Die Abschaffung der Pensionskassen erlaubt es uns, mit unserem Geld zu machen was wir wollen und nicht was der Bundesrat und die Interessenvertreter der Banken und Versicherungen im Parlament wollen.

Senkung des Umwandlungssatzes

Sollen wir vor diesem Hintergrund zur Senkung des Umwandlungssatzes Ja oder Nein stimmen? Vom Arbeitgeber nicht ausfinanzierte Frührenten und Verluste an der Börse haben die Löcher in den Pensionskassen hauptsächlich verursacht. Wenn bloss zukünftige Rentnerinnen dafür bezahlen sollen, ist dies völlig willkürlich. Es gibt daher gute Argumente für ein Nein: Die privaten Versicherungsgesellschaften haben mit den Pensionskassen schon zuviel abgezockt. Mit der Senkung des Umwandlungssatzes könnten sie noch mehr abzocken. Ausschlaggebend ist für uns, was die Abschaffung der Pensionskassen beschleunigt. Dies ist eindeutig ein Nein. Wird der Umwandlungssatz nicht gesenkt, kommen die Pensionskassen schneller in unlösbare Probleme und ihre Überführung in die AHV wird möglich. Daher stimmen wir am 7. März 2010 Nein zur Senkung des Umwandlungssatzes.

Den Rentenklau stoppen!

Siro Torresan. **Am 7. März 2010 kommt es zur Abstimmung über die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen. Die Partei der Arbeit der Schweiz ruft auf, sich gegen diesen Rentenklau zu wehren und Nein zu stimmen!**

Der Umwandlungssatz der Pensionskasse (Zweite Säule) legt in Prozenten den Betrag fest, der aus dem jeweiligen Altersguthaben bei der Pensionierung als jährliche Rente ausbezahlt wird. Bei einem Guthaben von 100 000 Franken, beträgt die jährliche Rente bei einem Umwandlungssatz von 7.3 Prozent 7 300 Franken, bei 6.4 Prozent 6 400 Franken. So einfach die Rechnung. Die Senkung bedeutet deshalb für die rund 3.2 Millionen Versicherten einen Verlust von bis zu zehn Prozent ihrer Rente! Gegen diesen Rentenklau hat auch die Partei der Arbeit der Schweiz (PdA) das Referendum ergriffen. «Wir können es nicht zulassen, dass das Geld der Arbeitenden auf die Weise in die Tasche der Aktionäre gelangt», teilt dazu die PdA in ihrer Medienmitteilung mit. Am 7. März 2010 fällt der Entscheid an der Urne.

Der «Realität» gebeugt?

Die Senkung erfolgt auf Druck der Versicherungsgesellschaften. «Nur so kann gewährleistet werden, dass die Stabilität der zweiten Säule gewährleistet ist», schreibt der Schweizerische Versicherungsverband (SVV) in seiner Stellungnahme. Und der SVV hält weiter fest, dass «der technisch korrekte Umwandlungssatz bei 5,835 Prozent für Männer mit Alter 65 und 5,574 Prozent für 64-jährige Frauen» beträgt. Weitere Senkungen sind somit geplant. Gar einen Schritt weiter geht die SVP: In der Sozialkommission des Nationalrates forderte ihr Vertreter Toni Bortoluzzi, dass der gesetzliche Umwandlungssatz ganz abgeschafft und «die berufliche Vorsorge stärker den Kräften des Marktes ausgesetzt werden soll». Die Pensionskassen sollen dann «die Rentenhöhe nach ihren Möglichkeiten festlegen».

Die NZZ vom Freitag, 12. Dezember 2008, schreibt zum Entscheid des Ständerats: «Insbesondere die Finanzkrise hat die Situation der Pensionskassen derart verschlechtert, dass sich nun auch der Ständerat der Realität beugen musste». Die gleiche «Realität» hatte wenige Wochen zuvor den Bundesrat bewegt, der UBS ein Geschenk von 68 Milliarden Franken Steuergeldern frühzeitig unter den Weihnachtsbaum zu legen. Nun soll jenes an die Pensionskassen folgen.

Gewinne und hohe Eigenkapitalrendite

Sind die Pensionskassen wegen der Finanzkrise in Gefahr? Es ist korrekt, dass die Jahre 2007 und 2008 schlechte Erträge einbrachten.

Wobei relativiert werden muss: «Aufgrund der sich verschlechternden Börsenlage halbierten sich die Kurs- und Wertgewinne auf Anlagen im Vorjahresvergleich auf 14,9 Milliarden Franken», berichtet der Tagesanzeiger am 6. Januar 2008. Ein Gewinn von 14,9 Milliarden, wohlverstanden! Weiter heisst dies, dass im 2006 auf den Anlagen ein Gewinn von gut 30 Milliarden Franken eingefahren wurde. Auch die Jahre 2002 bis 2005 waren für die Pensionskassen höchst erfreulich: «Drei fette Jahre haben die Schweizer Pensionskassen erlebt. Drei Jahre, in denen die Gewinne auf den verwalteten Vermögen stetig gestiegen sind, um 2005 schliesslich in einer Rendite von 11 Prozent zu gipfeln», hält die Handelszeitung am 3. Juli 2006 fest. Die Reserven erreichten laut provisorischen Ergebnissen per Ende 2007 einen Stand von 51,4 Milliarden Franken.

Aussagekräftig ist auch ein Blick auf die Eigenkapitalrendite der Pensionskassen. Angaben dazu liefert der Bericht des «Bundesamtes der Privatversicherer» (BPV) zur «Offenlegung der Betriebsrechnungen 2006». Der Anteil der Versicherer am «Überschuss» betrug 696 Millionen Franken. Bei 5 Prozent Eigenkapital ergibt sich eine Eigenkapitalrendite von 11.67 Prozent, bei 10 Prozent eine solche von 5.8 Prozent. Zieht man dies alles in Betracht, fällt die Argumentation für die Senkung des Umwandlungssatzes wie ein Kartenhaus in sich zusammen, da sie offensichtlich nur auf der «Realität» der Finanzkrise basiert, wie die NZZ zugibt. Was vor der Krise geschah, scheint die grosse Mehrheit des Parlaments nicht mehr zu interessieren.

Die AHV stärken und ausbauen

Mit der Lancierung des Referendums befindet sich die PdA «in der paradoxen Situation, ein Rentensystem zu verteidigen, das nicht sozial ist», schreibt die Partei in ihrer Medienmitteilung. In der Tat ist die 2. Säule ein unsoziales Konstrukt. Die Rente ist stark vom Lohn abhängig und der Reichtum wird nicht umverteilt. Dies hat die PdA schon immer kritisiert. Nötig ist und bleibt jedoch eine berufliche Vorsorge, die eine Umverteilung des Reichtums erlaubt. So ist die Forderung nach dem Ausbau der AHV so aktuell wie eh. Mehr noch: Die Stärkung der AHV als Rentensystem ist bitter notwendig, um die Renten der ArbeiterInnen nicht den Gefahren der kapitalistischen Realität von weiteren, sicher kommenden Finanzkrisen auszusetzen.

Kranke Kassen: Solidarität statt Konkurrenz

Christiane Jaquet. **Die obligatorische Krankenversicherung und das entsprechende Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (KUVG) sind erst 1994 in Kraft getreten und ist die Frucht eines harten Verhandlungskampfes mit den privaten Versicherungsgesellschaften. Diese solidarische Sozialversicherung wird nun von den bürgerlichen Parteien massiv angegriffen.**

Mit dem Fallen der Blätter flattert jedes Jahr im Herbst die Nachricht der schmerzlich gestiegenen Krankenkassenprämien ins Haus. Schmerzlich, weil diese eine immer grössere Last werden. Schmerzlich, weil sie erschreckend undurchsichtig sind. Schmerzlich, weil sie ungerecht sind. Tatsächlich hat die Schweiz das Privileg, das einzige Land Europas mit Kopfprämien zu sein.

Es wäre nicht nötig das Gesetz zu ändern, um diese Anomalie zu korrigieren. Die Versicherungsgesellschaften haben durchaus den Entscheidungsspielraum festzulegen, dass die Monatsprämie für ein Kind nur 50 Rappen beträgt. Könnte so nicht die sakrosankte Konkurrenz spielen, von der uns ständig die Ohren voll geschwätzt werden? Doch nein. Es ist für die Versicherten viel spannender sich mit dem Styling ihrer Büros – den Symbolen ihrer Macht – zu befassen, viel verlockender Kantone, Spitäler und Ärzte unter Vormundschaft zu stellen.

Die Mär der Eigenverantwortung

santésuisse ist der Branchenverband der schweizerischen Krankenversicherer im Bereich der sozialen Krankenversicherung. Als Verband finanziert er sich durch die Beiträge der Mitglieder, sprich der Krankenkassen und somit durch unsere Prämien. Es ist in etwa so, als würde der Kapitalist dem Proleten die Gewerkschaftsbeiträge finanzieren, damit die Gewerkschaft die Interessen des Proleten gegen den Kapitalist vertreten kann. santésuisse funktioniert wie eine Privatfirma und so wie jeder Verband vertritt sie die Interessen der Mitglieder. «Wir beeinflussen die gesellschaftspolitische Diskussion und die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um für die Krankenversicherer einen optimalen unternehmerischen Handlungsspielraum zu schaffen», ist auf der Homepage zu lesen. Das bedeutet unter anderem: «Wir engagieren uns für ein wettbewerbsorientiertes Gesundheitswesen», und der Verband fordert «Vereinbarung statt staatliche Reglementierung».

Seit Jahren ist santésuisse der Star im ständig Wiederkäuen der gleichen alten Leier: Damit die Prämien gesenkt werden können, müssen die Versicherten Verantwortung übernehmen. Wie wenn nicht bekannt wäre, dass die Krankenkassen nur einen Drittel der Kosten bezahlen, während ein Rekordbetrag von 40 Milliarden Franken vollumfänglich durch die Haushalte berappt werden. Und zwar durch die prozentualen Anteile und die Franchisen, sowie auch über die Steuern. Im Übrigen sind es 20 Prozent der Kranken, die 80 Prozent der Gesundheitskosten verursachen. Aber leider ist der Generalverdacht gegenüber jede und jeden die Formel, welche unsere Gesellschaft charakterisiert.

Bedrohungen

Verschiedenste Ewiggestrige stürzen sich derzeit auf das KUVG. Die SVP und der Ex-Bundesratskandidat Christian Lüscher wollen das Versicherungsobligatorium abschaffen. Sie stellen so das Rückgrat der Krankenversicherung und ihren solidarischen Wert in Frage. Denn dieser besteht darin, dass jene, denen es gut geht, für die Kranken bezahlen und zwar ohne Ausnahme von Geschlecht und Alter. Es sei daran erinnert, dass vor dem KUVG die Frauen höhere Prämien bezahlten als die Männer.

Das Versicherungsobligatorium erlaubt es allen, gepflegt zu werden. Dieses Grundprinzip aufheben zu wollen, bedeutet die Situation in den USA zu kopieren, wo über 40 Millionen Personen ohne Krankenversicherung keine garantierte Pflege haben. Eine Situation, die Barak Obama versucht zu verändern und auf erbitterten Widerstand der Lobby der Privatversicherer stösst.

Die CVP-Nationalrätin Ruth Humbel bombardiert das Parlament mit Vorstössen, welche die Leistungen des KUVG in Frage stellen. Sie schlägt vor, dass alle Personen über 65 Jahren eine zusätzliche Pauschale von 600 Franken bezahlen sollten. Dies nachdem die SeniorInnen in ihrem Leben bis dahin «gute Risiken» waren und ihre Prämien bezahlt haben. Dabei weiss man, dass die letzten 12 Monate des Lebens viel kosten, unabhängig davon, wie alt eine



Patientin, ein Patient ist. Entsprechend dem Dogma der Eigenverantwortung taucht immer wieder die Frage eines Bonus-/Malussystems auf. Rauchen Sie? Leiden Sie unter Übergewicht? Dann werden Sie zur Kasse gebeten! Jeder seriöse Arzt weiss, dass der Gesundheitszustand nur zu einem kleinen Teil von der individuellen Verantwortung abhängt. Um das Dogma der Eigenverantwortung in den Köpfen der Menschen zu verankern, wird zur Freude der Fabrikanten einen grossartigen Markt an Lifestyle-Produkten eröffnet: Joghurts, Pillen, Getränke, Biskuits, all diese Pseudobio- und Activ-Produkte. «Ein Markt, der unserer Wirtschaft Milliarden einbringen wird», prophezeite ein begeisterter Pascal Couchepin. Und für ein Mal hatte der ehemalige Gesundheitsminister Recht.

Das Kind nicht mit dem Bad ausschütten

Die Qualität der Krankenpflege in der Schweiz ist anerkannter Weise eine der besten der Welt. Mit dieser Qualität hängt das spektakuläre Ansteigen der Lebenserwartung von jährlich drei Monaten seit dem 2. Weltkrieg zusammen. Klar, diese Qualität hat einen

Preis. Das KUVG baut auf Solidarität, das ist ausgezeichnet, das Versicherungsobligatorium ist grossartig. Doch heimtückische Einbrüche in diese Prinzipien gibt es bereits mit der Erhöhung der Eigenleistung von 10 auf 20 Prozent für LangzeitpatientInnen. Schlimmer noch: Die Obergrenze des Selbstbehalts steigt in diesen Fällen von 700 auf 7 000 Franken! Werten wir darauf, dass die kantonalen Sozialversicherungen noch eins drauf setzen. Ist es das, was santésuisse «Reduktion der Gesundheitskosten» nennt?

Die Eidgenössischen Räte haben die 200 Millionen abgelehnt, welche der Bundesrat zur Prämienverbilligung vorgesehen hatte. Sie haben ein Modell vorgezogen, das folgendes vorsieht: Um billigere Prämien zu bezahlen, muss eine hohe Franchise in Kauf genommen werden und somit muss man im Krankheitsfall zuerst Tausende von Franken selber bezahlen. Weiter muss man sich zwangsweise für zwei oder drei Jahre bei der gleichen Kasse verpflichten und kann somit die Kasse nicht wechseln. Ist es das, was santésuisse unter «Wahlfreiheit der Versicherten» versteht? Es ist unabdingbar, auch ein angeschlagenes KUVG zu pflegen und es nicht sterben zu lassen!

Die erfreuliche Wiedergeburt der Einheitskrankenkasse

Christiane Jaquet. **Die ungebremsten Exzesse der Krankenkassen scheinen nun jenen Weg der Vernunft zu öffnen, welcher schon seit Jahren durch die politische Linke in diesem Land vorbereitet wurde. Die PdAS fordert: Jetzt muss die Umsetzung erfolgen!**

Eine geradezu revolutionäre Veränderung ist nun jener Schlag, zu dem die Befürworter der Konkurrenz nun selbst ausgeholt haben: Sie geben zu, dass die Einheitskasse die beste Lösung ist. Vorschlag, den sie vehement und leider erfolgreich bekämpft haben, als er am 27. März 2007 zur Abstimmung kam. Mit der Einheitskasse wäre die Basisversicherung bei der teuren Suche nach neuen KundInnen nicht mehr im Spiel. Selbst dann nicht, wenn die Prämien im folgenden Jahr erhöht werden müssten, um die Reserven für die neu Beigetretenen sicherzustellen.

Aufgerüttelt durch Prämienexplosion

Die Einheitskasse wäre das geeignetste Mittel um endlich etwas Ordnung in das verheerende, teure und ungerechte System der Reserven zu bringen. Dieses System ist so angelegt, dass die Versicherten nicht zögern, die Prämien zu erhöhen, um die treuen Versicherten – meistens ältere Personen – zu vertreiben und die wertvollen Reserven zu behalten, welche diese über Jahre hinweg bezahlt hatten. Die neu ausgewählte Krankenkasse muss sich dann darum kümmern, die Reserven der Neumitglieder zu rekapitalisieren.

Die Wiedergeburt der Projekte einer Einheitskasse ist also nicht verwunderlich. Mit der Lancierung ihrer diesbezüglichen Initiative hatte die PdA die Rolle einer Vorreiterin. Die PdA Waadt ihrerseits hatte für eine kantonale Einheitskasse 17 000 Unterschriften gesammelt. Skandalös war, dass die politische Rechte des Kantons diese Initiative dann für verfassungswidrig erklärt hatte. Doch siehe da, jetzt taucht diese Idee, diese gute Idee wieder auf! Die letzte Prämienexplosion hat die PolitikerInnen aufgerüttelt. Zum Zeitpunkt, in der frei-

sinnige Gesundheitsminister eben abgetreten ist, greift Franz Steinegger, während 12 Jahren Präsident der FDP, die Konkurrenz unter den Kassen entschieden an und sieht keine andere Lösung als eine Einheitskasse. Die Prämienhöhe von über 13 Prozent im Kanton Uri hat den Mann aufgeschreckt, der aufgrund seines Engagements anlässlich der Unwetter von 1977 und 1987 in seinem Kanton «Katastrophen Franz» genannt wird. Bei allen schweren Krisen, sei es jene bei der Expo 02 oder bei SBB Cargo, sieht man diesen ehemaligen Nationalrat mit seinen vielen Präsidien und Verwaltungsratsmandaten in Aktion treten. Seine jetzige Intervention signalisiert daher wie schwerwiegend die Krise mit den Krankenkassenprämien ist.

Eine breite Koalition tut Not

Eine solche Initiative könnte sich zum Beispiel am Modell der Unfallversicherung SUVA orientieren, deren Präsident – welch grosser Zufall – Franz Steinegger ist. Erinnern wir uns, die Kampagne von 2007 zu Gunsten der Einheitskasse wies die bildliche Verwaltung der SUVA hin, welche sich eines quasi Monopols erfreut und nicht Gewinn orientiert ist. Kommt dazu, dass die SUVA in der Prävention eine zentrale Rolle spielt. Jene, welche ihr im Vergleich zu den Krankenkassen hohe administrative Kosten vorwerfen, berücksichtigen nicht, dass die SUVA verschiedenste Renten bearbeitet und Rehabilitationskliniken führt. Die Einheitskasse hat also eine Zukunft. Eine glänzende Zukunft sogar, wenn sie zur Frucht einer breiten Koalition ohne Ausgrenzungen, ohne Sektierertum, ohne Machtkämpfe wird. Hoffen wir, dass die Befürwortenden der Einheitskasse ihre Argumente gut abzustimmen vermögen.

Gerecht?

Die Prämien verstehen sich pro Monat und für die gleichen Leistungen der Grundversicherung.

Herr Daniel Vasella, der bestbezahlte Patron der Schweiz:

MONATLICHES EINKOMMEN:
3,3 MILLIONEN FRANKEN
KRANKENKASSENPRÄMIEN
290 FRANKEN

Herr A.S., Direktor in Pully, ledig

MONATLICHES EINKOMMEN:
14 600 FRANKEN
KRANKENKASSENPRÄMIEN
320 FRANKEN

Familie K, drei Kinder aus Pully

MONATLICHES EINKOMMEN:
14 600 FRANKEN
KRANKENKASSENPRÄMIEN:
1 008.40 FRANKEN

Familie V, drei Kinder aus Pully

MONATLICHES EINKOMMEN:
8 900 FRANKEN
KRANKENKASSENPRÄMIEN:
1008.40 FRANKEN

Frau G. in Lausanne

EINKOMMEN AUS 2. SÄULE
UND AHV: 3 367.- FRANKEN
KOSTEN:
STEUERN 469.- FRANKEN
MIETE 925.- FRANKEN
KRANKENKASSE 360.-FRANKEN
VERFÜGBARES EINKOMMEN:
1 613.- FRANKEN
FRAU G. MUSS IHRE GESUNDHEITSKOSTEN, DIE FRANCHISE, DIE BEITRÄGE UND DIE ZAHNARZTKOSTEN SELBER TRAGEN.

Die Partei der Arbeit der Schweiz

Für ein Gesellschaftsmodell, das auf der internationalen Solidarität und auf den Grundsätzen des Sozialismus beruht. Dafür steht die PdAS.



Alt und immer aktuell!

Seit 1893 ist der «Vorwärts» eine sozialistische Zeitung. In unserer Printausgabe beleuchten wir im 2-Wochen-Takt Politik und Kultur aus radikal linker Sicht. Und im Internet entwickeln wir uns Schritt für Schritt zur Tageszeitung.

Die Welt steht Kopf: denn der Vorwärts beleuchtet Informationen nicht aus der Sicht der Reichen und Schönen, sondern aus der Sicht der Armen und Schwachen. Uns geht es um die Ausgegrenzten und Diskriminierten. Wir stehen ein für Frieden und nicht für Krieg. Der Vorwärts interessiert sich nicht für die Glamour-Partys der «oberen Zehntausend», sondern macht sich stark für Veranstaltungen mit Menschen, die keine Papiere haben, auf der Strasse stehen oder politisch verfolgt werden.

Testen Sie die kritische Berichterstattung einer oppositionellen Zeitung. Wir beleuchten die Schattenseiten unserer Gesellschaft. Verändern wird sich nur etwas, wenn der Kreis unserer LeserInnen wächst und damit eine immer breitere Öffentlichkeit entsteht. Trägerin unserer Zeitung ist die Partei der Arbeit (PdA). Über sie wollen wir diese Gesellschaft verändern – machen Sie mit! Und bestellen Sie ein Probe-Abo. Eine andere Welt ist möglich – stellen wir sie auf den Kopf!

GRATIS PROBEABO UNTER
WWW.VORWAERTS.CH

Grundsätzliche Überlegungen

Wir bleiben davon überzeugt, dass das kapitalistische System überwunden werden muss. Um dies zu erreichen, müssen vor allem die Rollen der Wirtschaft, der Umwelt und des Staates neu definiert werden. Wir setzen die Wirtschaft an die Spitze der Liste, denn nach den von ihr definierten Kriterien, handeln die Herrschenden des Landes und der Welt. Anschliessend folgt die Umwelt, da unser Leben und unsere Entwicklung eng mit der Natur verbunden sind. Den Schluss bildet die Rolle des Staates, denn nur wenn seine Rolle zum Nutzen aller verändert wird, kann sich die Gemeinschaft weiterentwickeln.

Die kapitalistische Wirtschaft

Das kapitalistische Wirtschaftssystem beurteilt das Individuum nur im Hinblick auf seine wirtschaftliche Nützlichkeit, bezüglich seiner Eigenschaft als HerstellerIn und KonsumentIn von Gütern. Die zwischenmenschlichen Beziehungen sind korruptiert durch die Kommerzialisierung, durch die Ausbeutung und die perversen Werbetricks, die Millionen Kunden verführen. «Die soziale Verantwortung eines Unternehmens besteht darin, seinen Gewinn zu steigern». Dabei ist die Arbeitslosigkeit «normal», schrieb Milton Friedmann, Theoretiker des Kapitalismus. Zu dieser grundsätzlichen Rolle eines kapitalistischen Unternehmens, muss noch die Steigerung des Börsenwerts hinzugefügt werden und die internationale Finanzspekulation. Hiermit wird es möglich, Geld aus Geld zu machen.

Diese hemmungslose Jagd auf Profite erstreckt sich quer über den ganzen Planeten. Sie vergrössert den Graben zwischen Reich und Arm. Auch in den reichsten Ländern führen arme ArbeiterInnen ein kümmerliches Leben. Auch hier gibt es Menschen, die trotz einer Vollzeitbeschäftigung nicht genug Geld bekommen, um ihre Bedürfnisse decken zu können und Sozialhilfe beziehen müssen. Etliche überleben eher, als dass sie leben. Zu dieser Situation kommt jene von MigrantInnen hinzu. Diejenigen, die einen Flüchtlingsstatus haben, oder schlimmer noch zu den «Sans Papiers» gehören, sind einer noch grösseren Ausbeutung unterworfen als die anderen Arbeitenden. Auf der anderen Seite gibt es in der Schweiz paradoxerweise 300 Personen oder Familien, die ein Vermögen von 455 Milliarden Franken besitzen. Diese schreienden Ungerechtigkeiten zeigen die Unmenschlichkeit dieses Systems.

Nein zu militärischer Gewalt

Um ihr Ziel der Profitmaximierung zu erreichen, zögern die Kapitalisten auch nicht, Konflikte und Kriege zu provozieren, die ihnen die Herrschaft über das Erdöl, das Wasser und andere Rohstoffe sichern sollen.

Die entstehenden Spannungen führen zu einem Anstieg des Terrorismus in unterschiedlichen Formen. Ausserdem begünstigt diese Gewalt die Entwicklung des Waffenhandels. Die Schweiz exportiert Kriegsmaterial. Sie schickt sogar Soldaten, die unter dem Banner der Nato «Frieden und Demokratie schützen». So unterstützt sie die Kriegstreiber. Wir brauchen weder eine Armee noch neue Waffen. Im Gegenteil, wir sollten die Waffenproduktion stoppen und die Unternehmen so umwandeln, dass sie künftig Güter von öffentlichem Interesse produzieren. Unser Land sollte Frieden fördern und die Souveränität der Völker unterstützen.

Die Ökonomie in den Dienst des Gemeinwohls stellen

Die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung, welche die Rohstoffe und die arbeitenden Menschen überall ausbeutet, werden weiter zunehmen. Wenn die Lohnabhängigen von den Reichen Gerechtigkeit fordern, wird sich ein sozialer Konflikt entwickeln, dessen einzige Lösung eine radikale und tief greifende Umgestaltung der Gesellschaft sein wird. Eine Umgestaltung, die allgemeinen Zugang zu den Gütern des Gemeinwohls garantiert, zu Wasser ebenso wie zur Energie, zu Wohnraum, Arbeit, Gesundheitsversorgung und Bildung. Diese tief greifende Umgestaltung beginnt damit, dass die Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft gestellt wird. Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern ein System, das es erlaubt, die Produktivkräfte so einzusetzen, dass sie allen dienen. Die Wirtschaft darf nicht nur einer kleinen Minderheit dienen, die sich auf Kosten derer bereichert, die den Reichtum durch ihre Arbeit schaffen und dafür keine gerechte Gegenleistung erhalten. Die herrschende Ideologie muss durch Systeme ersetzt werden, die ein Gleichgewicht zwischen der Güterproduktion und dem Gemeinwohl erlauben, und dabei die Bedürfnisse der Umwelt auf globaler Ebene berücksichtigen.

Die Umwelt schützen statt den Kapitalismus

Karl Marx hat es auf den Punkt gebracht: «Die kapitalistische Produktion entwickelt ... nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.»

Die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung kann sich beispielsweise weder verantwortlich noch in der Lage fühlen, die Ursachen des Klimawandels zu beheben. Dies ist die Angelegenheit einer kleinen Minderheit der Menschheit, die die Wirtschaftsmacht in Händen hält. Sie spricht uns jegliches Recht ab, uns in ihre Geschäfte einzumischen und verweigert sich der Idee einer wirklich demokratischen Gestaltung unseres Schicksals und derjenigen unseres Planeten: «Wir sind Euch keine Rechenschaft schuldig.»

Ein Staat für alle

Unserer Meinung nach, ist es dringend erforderlich, die Rolle des Staates und seiner Macht neu zu definieren. Wir bewahren die marxistische Überzeugung, die langfristig das Verschwinden des Staates

anstrebt. Diese Entwicklung wird sich in dem Tempo verwirklichen lassen, in dem die Emanzipation der Zivilgesellschaft voranschreitet. So muss unser Verhältnis zur Staatsmacht kontinuierlich überprüft werden. Der Staat darf nicht über die Interessen der Bevölkerung hinweg regieren. Wir stellen heute fest, dass der Staat die Schwächsten immer weniger verteidigt. Durch seine systematische Unterstützung der Eigentümer von Produktions- und Finanzmitteln schafft er ein grosses Ungleichgewicht. Zudem regiert er immer repressiver gegenüber denjenigen, die sich der Vermarktung aller Lebensbereiche widersetzen oder sich für eine andere Konzeption des Staates engagieren. Wir wollen keinen Staat, der über den Einwohnerinnen und Einwohnern steht. Wir wollen keinen Staat, der es den Regierenden erlaubt, ihrem Machthunger, vor allem dem ökonomischen, freien Lauf zu lassen. Für die Zukunft wollen wir einen Staat, dessen Sorge dem Gemeinwohl in einer bewahrten Natur gilt. Einen Staat, der gemeinsam mit anderen Staaten auf der Erde Bedingungen schafft, die die bestmögliche Entwicklung jedes Menschen erlauben. Unser politisches Ziel besteht darin, das Verständnis von Macht zu verändern. Und nicht nur darin, diejenigen, die die Macht haben, durch diejenigen zu ersetzen, die sie repräsentieren sollten. Die Politik gehört jeder und jedem.

Unsere Ziele

- die Verteidigung und den Ausbau der materiellen und kulturellen Interessen der Bevölkerung der Schweiz, auf der Grundlage eines demokratischen Sozialismus und lässt sich dabei permanent von der wissenschaftlichen Analyse der Gesellschaft und den humanistischen Errungenschaften leiten; darunter versteht sie die freie, friedliche, würdige und humane Entfaltung eines jeden und einer jeden als Bedingung der freien Entfaltung aller, in Einklang mit Natur und Umwelt;
- die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen und einen Beitrag zu ihrer Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung zu leisten;
- die demokratischen Rechte aller und auf allen Gebieten zu verteidigen und auszubauen;
- auf die Schaffung einer breiten Mehrheit zur Überwindung des Kapitalismus und auf die Entwicklung der schweizerischen Gesellschaft zum Sozialismus hinzuwirken;
- zur Suche des Friedens auf der Welt und seiner Festigung beizutragen;
- die internationale Solidarität zwischen den Völkern, zwischen den arbeitenden Menschen, zwischen Männern, Frauen und Kindern dieser Erde zu entwickeln; einen Beitrag zur Gleichstellung der Völker zu leisten und mitzuhelfen, sie von jeglicher Ausbeutung und Unterwerfung zu befreien;
- mit Organisationen, Bewegungen und Einzelpersonen zusammen zu arbeiten, die im Allgemeinen oder im Speziellen gleiche Ziele haben wie sie. (Erster Artikel der Statuten der PdAS)

Einige konkrete Forderungen

- Einführung eines Mindestlohns und eines existenzsichernden Grundeinkommens.
- Stärkung und bessere Koordination der verschiedenen öffentlichen sozialen Sicherungssysteme.
- Gleiche soziale und politische Rechte für alle EinwohnerInnen.
- Kostenlose öffentliche Bildung.
- Die Güter des Grundbedarfs wie Trinkwasser oder Energie müssen öffentliches Eigentum bleiben.
- Keinerlei politische, wirtschaftliche oder militärische Unterstützung kriegstreibender Staaten und Bündnisse.
- Förderung freier Software im öffentlichen Dienst und allen Ausbildungseinrichtungen.

MIT EINER SPENDE HELFEN SIE
UNS, DIESE SONDERAUSGABE
ZU FINANZIEREN. HERZLICHEN
DANK!

PC 12-3363-3

PARTI SUISSE DU TRAVAIL,
3000 BERN

Neugierig auf die PdA geworden? Wünschen Sie mehr Infos? Dann ganz einfach ein Email an pdas-sekretariat@pst.ch oder ausfüllen und einsenden an Partei der Arbeit der Schweiz, Postfach 533, 3000 Bern 22

Name

Strasse

PLZ / Ort

Email-Adresse